

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

230 (3.10.1921)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger ausgestellt 5.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 5.50 M; in der Geschäftsstelle und bei unsern Karlsruher Abzügen abgeholt 5 M monatlich. — Einzelheft 25 P.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle n. Redaktion: Luffenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einseitige Kolonelle 1.20 M. Die Reklamezeile 3.50 M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Regierungs-Umbildung

Verprechungen beim Reichkanzler

21. Berlin, 2. Okt. Reichkanzler Dr. Brüning hat die Führer aller Parteien auf Morgen mittags 12 Uhr zu einer Besprechung über die Frage der Regierungsumbildung in die Reichskanzlei geladen. Die Besprechung wird sich um die Möglichkeit einer Koalitionserweiterung nach rechts und links drehen. Alle führenden Parlamentarier werden der morgigen Versammlung beizuwohnen. Ob es dabei zu einem positiven Abschluss kommen wird, erscheint fraglich.

Ministerpräsident Stegerwald hatte am Freitag abend eine Besprechung mit den Fraktionsführern der Demokraten, der Reichsbauernpartei, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei. Da Stegerwald die Verhandlungen über die Bildung des künftigen Kabinetts von sich aus führt, hat er mit der U.S.P.D. keine Fühlung genommen.

Die Unabhängigen in Verlegenheit

Wie aus Berlin berichtet wird, befahte sich am Samstag die Reichstagsfraktion der unabhängigen sozialdemokratischen Partei mit dem Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion zu der Frage der Regierungsumbildung. Es wurde ein Ausschuss beauftragt, die Vorbedingungen auszuarbeiten, unter denen die Unabhängigen in eine Koalition eintreten würden.

Wie das „Berl. Tageblatt“ zu wissen glaubt, besteht beim rechten Flügel der Unabhängigen eine gewisse Neigung zusammenzugehen mit dem Zentrum, der Demokratie und der Sozialdemokratie, wenn gewisse Bedingungen erfüllt würden. Das Blatt erklärt aber weiter, daß weder das Zentrum noch die Demokraten ausschließlich die Koalition nach links erweitern wollen. Eine Gemeinschaftsarbeit der Deutschen Volkspartei und der unabhängigen Sozialdemokratie dürfte deshalb überhaupt nicht in Frage kommen.

In der Parteibeschlußfassung über den Göttinger Beschluß ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die für die Republik bedrohliche Situation in der Hauptsache der nach der letzten Reichstagswahl von den Unabhängigen betriebenen Abstimmungspraktik zu verdanken sei. Da diese Situation den Göttinger Beschluß in erster Linie veranlaßt habe, hätten gerade die Un-

abhängigen den wenigsten Grund, sich in die Parteifrage der S.P.D. zu mischen. Es wurde ferner in Aussicht gestellt, daß die Unabhängigen im Reichstage vor die Frage gestellt werden würden, ob sie in eine Regierung gehen wollten. Allein die diese Weigerung zu positiver Mitarbeit durch die Unabhängigen sei es, die jetzt eine politische Konstellation hervorgerufen habe, unter der etwas geschehen mußte, das geeignet war, der Republik eine festere Basis zu geben.

Die Berliner „Freiheit“, das führende Organ der Unabhängigen, ist von dieser Tatsachenzusammenfassung keineswegs erbaut. Sie bemüht sich in einem Artikel, den sie „Ein tatsächliches Mandat“ überschreibt, die Feststellung der politischen Unterlagen der Unabhängigen hinter einen Wall von Schemen und Verleumdungen zu verbergen. Die Unabhängigen hätten „der Regierung Witz für ihre Politik der Erfüllung keinerlei Schwierigkeiten bereitet“, heißt es in dem Hauptstück der Beweisführung.

Nun ist gerade das Verhalten der Unabhängigen zum Kabinettsbeschluß ein Beweis dafür, daß die Weigerung, mit der S.P.D. in die Regierung zu gehen, in jeder Beziehung unangebracht war. Dieses Verhalten hat gezeigt, daß die Zeiten einer von den politischen Verhältnissen „unabhängigen“ wortgewaltigen Opposition vorüber waren, als Herr Götting dem Unterhändler Hermann Müller jenen prägnanten Brief schrieb, nach welchem die Unabhängigen nur in eine aus Sozialisten bestehende Regierung hineingehen würden. Die Unabhängigen mußten schon damals wissen, daß unter den herrschenden unangenehm schwierigen Verhältnissen eine rein sozialistische Regierung unmöglich sei. Sie wußte dies auch, aber sie wollte trotzdem gegenüber der S.P.D. diese Gelegenheiten, einer von Strampeln möglichst wenig „geplagten“ Agitationspolitik offen halten.

Daß sich dies durch die immer größer werdenden Schwierigkeiten unserer Lage verbietet, daß auch die Unabhängigen sich in eine stille Fuldung der „Politik der Erfüllung“ hineinfinden müßten, war sicher nicht ihr Verdienst. Der Göttinger Brief war eine politische Spekulation und zwar eine verfehlte.

Es ist begreiflich, daß heute die Unabhängigen diese Verfehlung nicht wahrhaben wollen. Sie behaupten aber und wir verdanken ihr unsere heutige schwierige Lage der sozialistischen Parteien.

Die Steuerlichen der Hohenzollern

Kürzlich wurde von sozialdemokratischer Seite festgestellt, daß die Hohenzollern bisher nicht nur keinen Pfennig Steuern gezahlt haben, sondern daß sie auch bemüht sind, ihre kommende Steuerpflicht künstlich zu verkleinern. Darob entstand im reaktionären Blätterwald merkwürdigerweise nur ein leises Gesäusel des Widerpruchs. Man hat auf jener Seite bei dem berühmten „furchtlosen“ Eintreten für die Hohenzollern in den jüngst vergangenen Jahren zu viel Heißfalle erlebt und ist deswegen vorsichtiger geworden. Rieber schweigt man auf derlei peinliche Tatsachen. Dies hat noch den Vorteil, daß der Leserkreis der reaktionären Blätter überhaupt nichts erfährt.

Jetzt gibt der amtliche preussische Pressedienst feierlich zu, daß die Ermittlungen des preussischen Finanzministeriums, die auf Grund des sozialdemokratischen Alarms vorgenommen wurden, ergeben haben, daß die Hohenzollernische Hausverwaltung aus dem Gewinn der Hofkammer für das Jahr 1920, der etwa 25 Millionen Mark betragen hat, rund 10 Millionen Mark „zurückgestellt“ hat. Das heißt in einfachem Deutsch überträgt, daß die Hohenzollernische Güterverwaltung vierzig Prozent ihrer Jahreseinnahme, wohlgernekt ihres Jahresertrages, dem Zugriff der Steuerbehörde zu entziehen sich bestrebt hat. Man muß sagen, daß das durchaus großzügig erscheint. Mögen die dummen Arbeiter und die naiven Beamten sich weiter von jedem Pfennig Lohn oder Gehalt zehn Prozent zugunsten der Allgemeinheit abziehen lassen. Die Hohenzollern haben das nicht nötig.

Darum sind die hohenzollernischen Vermögensmassen nicht schon seit dem Tage zur Steuer veranlagt, da ihre Zuhaber die Steuerfreiheit verloren. Man glaubte, innerhalb weniger Monate die Auseinandersetzung zwischen dem preussischen Freistaat und demormaligen Königshause erledigt zu haben. Durch sie wäre der Umfang des zweifelsfreien Privateigentums der Hohenzollern dann festgestellt gewesen und die Steuerpflicht hätte beginnen können. Es ist aber anders gekommen. Die Auseinandersetzung mit Wilhelm von Doorn ist noch weit im Felde. Es erscheint diesbezüglich selbstverständlich, daß man nun nicht mehr länger wartet. Er muß jetzt einseitig zur Steuer veranlagt werden. Dabei handelt es sich um keine Kleinigkeiten. Wir wollen im Nachfolgenden einmal im Umriß das Vermögen der Hohenzollern zusammenstellen.

Das Hauptvermögen der Hohenzollern setzt sich aus Grundbesitz, Schließern usw., Juwelen usw. und Wertpapieren zusammen. An Grund und Boden besitzen die Hohenzollern in Deutschland rund 425 000 Morgen. In den Jahren von 1904 bis 1919 ergab dieser Besitz einen Reingewinn von 42 Millionen Mark; im Jahre 1920 allein waren es 25 Millionen Mark. Man beachte aber, daß im jüngst vergangenen Jahre nur aus den hohenzollernischen Forsten 215 000 Festmeter Holz verkauft wurden, die einen Reingewinn von sechs Millionen Mark erbrachten. Neben diesen Vermögensobjekten existieren noch eine ganze Anzahl hohenzollernische Familienfideikommiss der Nebenlinien, deren heute viele Hunderte Millionen Mark Wert darstellt. In Großstädten besitzen die Hohenzollern als Privateigentum viele Duzende von Schließern, Palais, Villen und Mietsgrundstücken. An Wertpapieren umfaßt der hohenzollernische Hausrat Objekte im Umfang von etwa 100 Millionen Mark nominal. Der Besitz der Hohenzollern an Juwelen und Silber geht, nach heutigem Werte berechnet, in beachtenswert hohe Summen.

Zu all diesen Vermögensobjekten der hohenzollernischen Familie kommt noch der persönliche Besitz, den Wilhelm von Doorn sein eigen nennt. Er hat in Holland an baren Geldwerten bis jetzt rund 70 Millionen Mark, an sonstigen Vermögensobjekten etwa 20 Millionen Mark. Sein noch in Deutschland in Form von Wertpapieren lagerndes Vermögen macht rund 50 Millionen Mark nominal aus. Nach heutigem Kurswert sind es etwa eine halbe Milliarde.

Nun überlege man sich, was es heißt, daß seit drei Jahren von diesen Objekten und von deren Erträgen kein Pfennig Steuer bezahlt worden ist, daß noch heute gemeinsam mit Wilhelm seine sämtlichen Verwandten und auch seine Kinder immer noch steuerfrei geblieben sind. Wenn das so weiter geht, dann verdienen ja die Hohenzollern sich ihr ganzes Vermögen einfach dadurch, daß sie sich mit dem preussischen Freistaat nicht auseinandersetzen. Man muß annehmen, daß sie gar keinen Wert auf eine schließliche Erledigung der Auseinandersetzung legen; sie kommen ja, solange sie von der Steuerpflicht befreit bleiben, viel besser weg, als wenn sie sich ihr Vermögen aufzählen lassen und aus ihm ihre Staatsbürgerpflicht erfüllen.

Wir verlangen deswegen, daß die Hohenzollern, die man jetzt zum zweiten Male bei Kapitalverschöbung und Steuerhinterziehung erwischt, sofort vorläufig zur Steuer veranlagt werden. Diese Veranlagung ist aber auch in raschem Tempo praktisch durchzuführen.

Ein amerikanisches Gutachten über Oberschlesien

21. Berlin, 1. Okt. Der bekannte amerikanische Rechtsfachverständige David Hunter Miller, der als juristischer Beirat der amerikanischen Kommission für die Friedensverhandlungen an der Pariser Konferenz teilgenommen hat, und an der Ausarbeitung verschiedener Teile des Friedensvertrages beteiligt war, hat ein Rechtsgutachten über die ober-schlesische Frage, die augenblicklich dem Völkerbundrat vorliegt, erstattet. Er kommt darin zu dem Ergebnis, daß nach dem Resultat der Volksabstimmung Oberschlesien ungeteilt dem Deutschen Reich verbleiben müsse. Die Reichsregierung hat das Gutachten dem Völkerbundrat in Genf sowie den Entente-Staaten überreichen lassen.

Schiedspruch in der Frage der Zahlung der belgischen Kriegsschuld

21. Paris, 1. Okt. Der Versailler Friedensvertrag hat bestimmt, daß die Kriegsschulden, die Belgien bei den Verbündeten und besonders bei Frankreich gemacht hat, von Deutschland in Goldmark zurückbezahlt werden sollen. Diese Zahlung kommt zu den 132 Milliarden Goldmark, die für Reparationszwecke zu bezahlen sind. Da aber die Anleihen in Belgien in der Währung der betr. Länder gegeben sind, entstand die Frage, in welcher Art bei der Rückzahlung die Umrechnung erfolgen soll. Nach längeren Verhandlungen wurde beschlossen, daß der Delegierte der Vereinigten Staaten bei der Reparationskommission Doorn als Schiedsrichter ein Gutachten abgeben soll, dem die anderen Beteiligten sich unterwerfen sollten. Dieses Gutachten ist gestern bekannt gegeben worden und entspricht den französischen Wünschen. Es bestimmt, daß die Rückzahlung der belgischen Kriegsschuld an Frankreich durch Deutschland in deutscher Goldmark zu erfolgen hat, die nach dem Kurs vom 18. November 1918, der Tag, an dem der Waffenstillstand unterzeichnet wurde, berechnet werden. Auf diese Art wird Frankreich mehr als zwei Milliarden Goldmark erhalten, während nach der ersten Rechnung ihm weniger als eine Milliarde zugefallen wäre.

Keine Kartoffeln für Brenn Zwecke

Berlin, 1. Okt. Durch eine in diesen Tagen im Reichsgesetzblatt erscheinende Verordnung hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft angeordnet, daß nur das Verarbeiten von selbstgebackenen Kartoffeln in landwirtschaftlichen Brennereien und lediglich in Höhe von 20 Prozent des Brennereiertrages gestattet ist. Ein Ankaufen von Kartoffeln zur Verarbeitung in Brennereien ist verboten. Die Landesregierungen sind ermächtigt, zur Durchführung dieser Vorschriften nähere Bestimmungen zu treffen.

Die polnische Mark = 3/4 Pfennig

Breslau, 1. Okt. (Privattelegramm.) Die polnische Mark wird in Oberschlesien seit mehreren Tagen mit 3/4 Pfennig eingetauscht und gehandelt. Es liegt großes Angebot von polnischen Händlern vor, die Kauflust ist aber gering.

Steigende Papierflut

Die letzte von der Reichsbank veröffentlichte Wochenübersicht muß sehr nachdenklich stimmen. Sie zeigt ein bedenkliches Anwachsen des Banknotenumsatzes. Am 15. September ds. J. wurde in der Wochenübersicht der Reichsbank der Gesamtbetrag der umlaufenden Noten auf 81 469 600 000 M angegeben. In der Uebersicht vom 23. September dagegen auf 82 178 940 000 M. Das ist in 7 Tagen ein Anschwellen des Banknotenumsatzes um über 709 000 000 M. Gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres ist der Notenumsatz natürlich ganz erheblich gestiegen. Am 23. September 1920 betrug er erst lediglich 59 Milliarden. Er ist also im Laufe eines Jahres um rund 23 Milliarden Mark erhöht worden. Demgegenüber ist die Golddeckung nicht nur prozentual, sondern auch überhaupt zurückgegangen. Am 23. September ds. J. lag in der Reichsbank ein Goldbestand von 1 023 705 000 M. Einen Monat früher waren es rund 70 Millionen Mark Gold mehr. Die Summe der deutschen Banknoten ist nur zu 140 Prozent durch Edelmetall gedeckt.

Buchdruckerstreik in Hamburg

21. Hamburg, 2. Okt. Die Buchdrucker hielten gestern abend eine Versammlung ab, in der die Urabstimmung über den Streik beschlossen wurde. Für den Streik stimmten 1635, dagegen 756. Die Entscheidung der Arbeitgeber muß bis Montag mittags 12 Uhr erfolgen.

4 Millionen Arbeitslose in Amerika

21. Washington, 1. Okt. Das Staatsamt in Washington meldet, daß die Zahl der Arbeitslosen augenblicklich vier Millionen beträgt.

Begrüßung der neuen deutschen Flagge in Amerika

Newyork, 1. Okt. Die Stadtverwaltung von Newyork bereitet dem Dampfer „Bayern“, dem ersten Schiff, das nach dem Krieg mit der Fahne der deutschen Republik in unseren Hafen einläuft, einen feierlichen Empfang.

21. Newyork, 2. Okt. Der deutsche Dampfer „Bayern“ wurde bei seinem Eintreffen im Hafen von Newyork von den städtischen Behörden offiziell empfangen. Eine Empfangskommission des Magistrats geleitete auf einem mit Klagen geschmückten Dampfer die „Bayern“ bis an den Bear. Kommissar Mann sprach als Vertreter des Bürgermeisters der Stadt Newyork die Hoffnung aus, daß weitere deutsche Schiffe zwischen Deutschland und Newyork verkehren möchten, und die, daß die friedlichen Beziehungen, die während langer, bitterer Jahre abgebrochen waren, für ewige Zeit fortbauern werden. Eine große Menschenmenge begrüßte die „Bayern“ am Bear.

Erkönig Wilhelm von Württemberg †

21. Stuttgart, 2. Okt. Herzog Wilhelm von Württemberg, der frühere König, ist heute vormittag kurz nach 11 Uhr im Alter von 73 Jahren sanft entschlafen.

Die Druckmaschine

Die Druckmaschine

führen. Der Weg zur Erreichung dieses Zieles ist sehr einfach. Die Steuerpflicht der Hohenzollern seit November 1918 besteht. Es ist nichts weiter nötig, als daß der Preussische Landtag dem Finanzministerium als der Aufsichtsbehörde für das hohenzollernische Vermögen den Auftrag gibt, die Veranlagung in die Wege zu leiten und die vorläufigen Steuerbeträge sicherzustellen.

Es ist eine Schande, daß in einer Zeit, da auch der Kern der von ihnen mühselig erworbenen Großgüter dem Reich noch Pfennige abgeben muß, in Deutschland Milliarden leben, die immer noch auf ihre Einkünfte zur Steuer warten. Das Kabinett Stegerwald kann sich keinen besseren Abgang sichern, als daß es dafür sorgt, daß die Hohenzollern nicht mehr auf die Auseinandersetzung warten, sondern ihre Steuerpflicht erfüllen.

Volksstich der Monarchie!

In diesen Tagen ist endlich der vielumstrittene dritte Band von Bismarcks „Erinnerungen“ erschienen, deren Veröffentlichung Wilhelm II. auch noch nach seiner Flucht ins Ausland zu hintertreiben gewußt hatte. Aus der Fülle, mit der er sich gegen Bismarcks Darstellung seiner Verabschiedung wehrte, mußte alle Welt entnehmen, daß Bismarck dem letzten Hohenzollern bittere Rillen verbracht. Tatsächlich ist Bismarcks dritter Band eine ununterbrochene Kette scharfer Auslassungen gegen den jungen Monarchen und damit gegen die Monarchie selbst; wenn das auch der alte konservative Junker nicht gewollt hätte. Für einen Sozialisten und einen Arbeiter ist das Buch deshalb besonders lesenswert, weil ja letzten Endes die Ausgestaltung der deutschen Sozialpolitik zum Bruch zwischen Kaiser und Kanzler führte. Der Kanzler, feindlich und reaktionär durch und durch, wollte von einer Sozialgesetzgebung nichts wissen, er schwärmte nach wie vor für schärfste Ausnahmestrafen gegen die Arbeiterklasse. Trug er sich doch noch im Januar 1890 mit dem Gedanken, den Reichstag aufzulösen, wenn er das Sozialgesetz nicht verlängern würde. Das Eintreten des jungen Kaisers für den Ausbau der Sozialgesetzgebung betrachtete Bismarck jedoch nur als ein Zeichen nach Populartät bei den breiten Bürger- und Arbeitermassen, um so eher die Möglichkeit eines Aufstiegs zum absoluten Herrscher zu haben, der seinen Kanzler von der Verantwortlichkeit eines Bismarcks neben sich brauchen konnte. Und der Größenwahn des jungen Monarchen juckte doch schon bedenklich. Sagte er doch schon als Prinz von den Bundesfürsten, den „alten Onkels“: „Habe ich sie erst von meinem Wesen und Art überzeugt und in die Hand mir gespielt, nun dann parieren sie umso lieber, denn pariert muß werden.“ Im selben Gedankengang liegt das Wort des jungen Kaisers: „Wer sich mir entgegenstellt, den zerschmettere ich!“ Bismarck suchte sich ihm entgegenzustellen, er wurde zerschmettert, trotz all des Glorionschirms, mit dem der „große Kanzler“ umgeben war. Die Bourgeoisie war in den 20 Jahren des Bestehens des Reiches bereits so sehr in Monarchenkult verjumpt, daß man den Hinauswurf Bismarcks in der breiten Öffentlichkeit kaum zu kritisieren wagte.

Bismarck hat diese Verabschiedung durch den jungen Kaiser nie überwunden, dafür genügt dieser dritte Band, der nur die Zeitpunkte eines knappen Jahres umfaßt, aber von ungeheurer, wenn auch verhaltener Leidenschaft durchzogen ist. Es ist bekannt, daß der Vater Wilhelms II., als Kronprinz Friedrich bereits im Jahre 1886 in einem Briefe von der „mangelnden Reife und Unerfahrenheit, verbunden mit seinem Gang zur Ueberhebung und zur Ueberhöhung seines ältesten Sohnes“ schrieb. Damals hielt Bismarck dieses Urteil für zu hart, das er sich später nach seinem Sturz voll und ganz zu eigen gemacht hat. Damals gab er die Hauptschuld „dem beschränkten Kreise des Potsdamer Regimentsdienstes“, dem er ihn aber vergebens zu entziehen suchte. So kommt Bismarck selbst zu dem Urteil: „Der jetzige Kaiser ist dann auch mit Anschauungen auf den Thron gekommen, die für unsere preussischen Begriffe neu und nicht durch unser Verfassungsleben geschult sind.“ Aber der Großvater, der durch und durch veränderte Kurfsoldat Wilhelm I., hat es so gewollt und so die bedenklichen Naturanlagen des Onkels noch einseitiger und gefährlicher entwickelt. Nichts ist charakteristischer für das Wilhelms, in dem der Prinz erzogen wurde, dem das deutsche Volk's Geschick ein Menschenalter anvertraut war, als ein kleines Geschichtchen aus dem Jahre 1871, das zeigt, wie der Militarismus alles übertrumpft und das Volk den „auf den Höhen Wandelnden“ gestohlen bleiben konnte:

Nachdem der Frankfurter Friedensvertrag am 18. Mai 1871 von der französischen Nationalversammlung genehmigt war, konnten unsere Truppen bis auf einen zur Befehung der pfandweise okkupierten Departements ausreichenden Teil zurückgerufen werden. Die Minister waren darüber einig, dies sofort zu tun, alle Mannschaften, die nicht bei der Fahne zu bleiben hatten, zu entlassen und den Einzug der in Berlin garnisonierenden Regimenter auf den nächsten Termin, jedenfalls noch im Mai, anzukündigen. Damit stehen wir aber

bei seiner Majestät auf hartnäckigen Widerstand. Die Kaiserin Augusta wollte, wie ich erfahren hatte, dem Einzug beiwohnen, aber vorher ihre Kur in Baden-Baden abmachen. Der Kaiser wollte den Wunsch seiner Gemahlin erfüllen, aber auch die Regimenter in voller Friedensstärke einziehen lassen. Vergessens machten wir in mehrtägigen Beratungen den Kostenaufwand geltend, die Rücksicht auf die Solange von ihren Familien und Geschäften getrennten Leute, das dringende Bedürfnis, der Landwirtschaft so viele Arme zurückzugeben... Der Einzug erfolgte erst am 16. Juni unter den Augen Ihrer Majestät.

So Bismarck in seiner vernichtenden Kritik nicht nur des jungen Monarchen, sondern des Monarchismus selbst, des Systems, das Deutschland zu dem Zusammenbruch führen mußte, mit dem der Weltkrieg für es endete.

Valutastreffer

Wie vom Auslande der gegenwärtige Tiefstand unseres Geldes ausgenützt wird, zeigt folgendes Stimmungsbild, das uns aus Köln zugeht: Die Valuta ist schuld an unserem Elend. Wie oft hört man diesen Ausspruch. Und wenn er auch zu einem gewissen Teil keine Berechtigung hat, so muß man doch, wenn man das gegenwärtige tägliche Leben und Treiben auf der Kehler Hauptstraße beobachtet, viel von der Wahrscheinlichkeit dieses Satzes erkennen. Scharenweise strömen die Straßburger vom frühen Morgen an herüber über die Brücke und auf der Hauptstraße hier herrscht dann ein Verkehr, der einer Großstadt bald nicht mehr nachsteht. Die Kehler Geschäftskreise machen glänzende Geschäfte. Der Einzelhändler kann sich bald nichts mehr kaufen und muß nach Offenburg, Karlsruhe usw. fahren, wo er die meisten Waren schließlich billiger erhält. In manchen Läden drängt sich der Zutromm der Kaufstüchtigen direkt beängstigend; man hört von ungeheuren Zahlen, die den Umsatz von Geschäften täglich darstellen sollen. Wenn auch vieles davon, wie bei allem, übertrieben sein mag, das eine ist unbestritten, daß die Geschäftswelt an der Hauptstraße hier „Hochsaison“ hat. Daß auch die Speisewirtschaften, Kaffees usw. nicht außer acht gelassen werden, ist selbstverständlich. Es ist schwierig, irgendwo einen freien Platz zu erhalten und das nicht gerade schöne aber immerhin bezeichnende Wort „Valutastreffer“ ist in aller Leute Mund. Wer Studien über Toiletten und Luxus macht, dem ist allenei mächtig Gelegenheit geboten. Interessant sind aber auch die verschiedenen Tricks, die angewendet werden, die neuerhandene Ware über die Brücke hinüber zu bringen. Da kann man beobachten, wie Leute mit nagelneuen Schuhen an den Füßen aus dem Schuhgeschäft herauskommen und sofort in dem in der Straßengasse angekauften Strohhut heruntreten, um den Schuhen das Aussehen von getragenen zu verleihen. Kleine Kinder müssen in nagelneuen Kinderwagen ohne nennenswerte Unterlage, oft auf blohem Boden fahren, usw.

Den Straßburger Geschäftskreisen ist nun aber diese Sache absolut nicht recht. Eine Straßburger Zeitung, die „Straßburger Neuesten Nachrichten“, schreibt in einer ihrer letzten Nummern u. a.: „Voll und ganz möchte man den Satz unterstreichen: während unsere Straßburger Geschäftskreise schmerzhaft nach Kunden Ausschau halten, stehen drüben die Kaufstüchtigen hier auf die Straße! Es ist die Wahrheit. Und doch — wer darf hier den ersten Stein werfen. Es wird gewiß schon drei Viertel der Bevölkerung ohne allzu große Gewissensbisse mal zu den Kehler billigen Jakob's gegangen sein, ohne daß die Straßburger Geschäftswelt deshalb gerade ruiniert worden wäre. Was kann denn schlimmeres als dort so viel eingekauft werden? Sie und da Dinge, die man hier nicht so leicht oder so schnell bekommt (Wäcker, Noten), Kinderwagen, die in Straßburg fabriziert wurden und Zigaretten, die man dem Koffer mit süß-saurer Miene übergeben darf, will man nicht schweren Zoll auf sie erlegen, usw. In dem — zurecht allerdings übertrieben gehalten — Grenzverkehr zu Valuta nützenden Zwecken liegt wirklich weniger Gefahr als in den großen Transaktionen, die nicht zu Fuß, doch per Auto, von stärkeren Wäcker getätigt werden und bei denen billig eingekaufte Ware teuer im Kleinhandel wieder abgesetzt wird.“ — So die Straßburger Zeitung. Wessigen wollen wir dazu noch, daß in der Sache für uns hier doch starke Nachteile bestehen, weil wir eben beim Einkauf die hohen Preise auch zahlen sollen, dies aber natürlich nicht können. Dem Kehler Geschäftsmann, der seinen Laden stündlich voller Leute sieht, mag dies wenig ausmachen, aber so wird eine Kluft geschaffen zwischen einheimischen Verbrauchern und der ansässigen Geschäftswelt. Das ist einer der Nachteile, die nur dadurch, daß wir Grenzstadt geworden, erwachsen sind.

Deutschlands „Ernüchterung“

Der Bierverbrauch und mit ihm die Bierproduktion gehen in Deutschland ständig zurück. Im Gebiete der Bierherstellung des Reiches sind im Jahre 1920 33,3 Millionen Hektoliter Bier erzeugt worden. Auf den Kopf der Bevölkerung kommen also danach jährlich 38 Liter Bier. Im Jahre 1913 sind im deutschen Bierherstellungsgebiet 69,2 Millionen Hektoliter oder 103 Liter pro Kopf der Bevölkerung erzeugt worden. Daraus ist zu ersehen, daß der Bierverbrauch in Deutschland auf rund ein Drittel der Vorkriegszeit gesunken ist.

Diese „Ernüchterung“ Deutschlands kennzeichnet die geschwundene Kaufkraft der Bevölkerung. Die Genussgüter des kleinen Mannes werden für immer mehr Menschen unerschwinglich.

Gemeindepolitik

Tagung der badischen Gemeindepolitiker

Weinheim, 24. Sept. Am 17. und 18. ds. Mts. fand hier die 12. ordentliche Landesversammlung des Verbandes badischer Gemeindepolitiker statt. 40 Bezirksvereine hatten zu dieser Tagung 130 Delegierte entsandt. Die am Sonntag abgehaltene ordentliche Landesversammlung hatte eine reichhaltige Tagesordnung. Neben internen Verbandangelegenheiten standen das Bürgergesetz, die Gemeindeordnung, das Verteilungs-, Grund- und Gewerbesteuergesetz und die Prüfungsordnung für die Gemeindebeamten zur Beratung. Neben dem Bürgergesetz referierte Herr Verbandsdirektor Weiler. Eine längere Debatte entspann sich über den § 2 Absatz 2 des Gesetzes, wonach nur diejenigen Beamten der Verteilungsämter unterliegen, welche hauptberuflich tätig sind und mindestens 15000 M. anrechnungsfähiges Einkommen haben. Der Referent behauptete die Zweckmäßigkeit, die sich wegen dem Wort „hauptberuflich“ geltend gemacht hätten mit der Erklärung, daß unter hauptberuflich tätigen Beamten alle diejenigen zu verstehen seien, deren Privateinkommen nicht das Einkommen als Beamter erwidert. — Über die neue Gemeindeordnung erstattete Herr Bürgermeister Kaufmann Bericht. Der dem Landtag zur Zeit zur Genehmigung vorliegende Entwurf der Gemeindeordnung sei ein wesentlicher Fortschritt gegenüber der früheren Gemeindeordnung und entspreche im allgemeinen den heutigen Anforderungen. — Der Geschäftsführer des badischen Gemeindebeamtenverbandes, Herr Gramp, berichtete über das neue Verteilungs-, Grund- und Gewerbesteuergesetz. Er führte u. a. aus, daß man diese Gesetze nur unter dem Gesichtswinkel der anderen Steuererträge betrachten dürfe, daß u. a. die Gemeinden nicht zu ruinieren, unbedingt ein Gesetz angefertigt werden müsse, das den Gemeinden das Recht zur Erhebung eines Zuschlages zur Einkommensteuer einräume. Sonst könnten die Gemeinden unmöglich ihre kulturellen und sozialen Aufgaben erfüllen. Grundlos mühe sein: Selbständigkeit der untersten Verwaltungsborgane, also der Gemeinden, auch bezüglich der Steuerhoheit. Der Landtagsabg. Freudenberg unterstützte die Ausführungen des Referenten und richtete einen Appell an die Regner, offenen Auges die Entwicklung zu verfolgen und sich nicht zu sehr auf das Reich zu verlassen. — Über die Prüfungsordnung für Gemeindebeamte berichtete der badische Bezirksdirektor Weiler, der die vom Städteverband herausgegebene Prüfungsordnung nicht in allen Punkten gutheißt. Er verlangt u. a. für die Ausbildung der Gemeindebeamten einen gemeinsamen Unterbau und danach getrennte Prüfungen für Verwaltungs- und Rechnungsbeamte. — Nachdem als nächster Tagungsort Hornberg im Schwarzwald bestimmt war, schloß der Vorstand in der schon Harmonie höchst interessant verlaufene Versammlung.

Aus der Partei

1. Büchig A. Karlsruhe, 2. Okt. Hier wurde der Landtagswahlkampf am Samstagabend durch eine Wählerversammlung der sozialdemokratischen Partei eröffnet, in der Gen. Quddel-Karlsruhe sprach. Die Anwesenden verfolgten die Ausführungen des Referenten höchst mit größtem Interesse und sollten schließlichen Beifall. Der Versammlungsbefuch war gut. Im Anschluß an das Referat wurde zur Gründung eines sozialdemokratischen Wahlvereins geschritten. Siebzehn Genossen traten sofort bei, ebenso konnten einige Volkswendler gewonnen werden. Die Kassenabrechnung für den Wahlkampf ergab 30 M. Die Stimmung für die sozialdemokratische Partei ist in Büchig gut und wird im Wahlergebnis am 30. Oktober zum Ausdruck kommen. Dem neuen Wahlverein ein herzliches Glück auf! Karlsruhe, 2. Okt. Die Wählerversammlung am Sonntag war nur mäßig besucht. Das schöne Wetter und die politische Gleichgültigkeit so mancher Arbeiter trugen die Schuld daran. Brachte doch der Arbeitergewerkschaften ein demselben Sonntag ein Preisfesten zu veranstalten. (1) Das ist schon annehmbar! Die Ausführungen des Referenten Gen. Höhn-Karlsruhe fanden den lebhaftesten Beifall der Versammlung.

Effehard

Eine Geschichte aus dem zehnten Jahrhundert von Joseph Victor von Scheffel (Fortsetzung.)

O nimmerfatte Jugend! sprach Frau Hadwig, so muß ich's zum mindesten dem Bischof gleich tun. Habt ihr schon Felschen aus dem Bodensee besperrt?

Rein! riefen die Jungen. So sollt ihr jährlich sechs Felschen zum Angedenken an mich erhalten. Der Fisch ist gut für junge Schnäbel. Gebt ihr's mit Brief und Siegel?

Wenn's sein muß! Langes Leben der Frau Herzogin in Schwaben! Heil ihr! Tief's von allen Seiten, Heil, sie ist frei! Die Schulkänke wurden in Ordnung gestellt, der Ausgang gelehrt, im Hintergrund floßen die Pergamentblätter der Loge als Freudenzeichen in die Höhe, selbst Notker Laboes Mundwinkel neigten sich zu einem gräßlichen Lachen, und Frau Hadwig sprach: Sie waren recht hübsch, die jungen Herren; wollet die Rute wieder in Beschlag tun, Herr Professor!

An ein Weitererklären des Aristoteles war heut nicht mehr zu denken. Ob die Ausgelassenheit der Schüler nicht in nähem Zusammenhang mit ihrem Studium der Logik stand? Der Ernu ist oftmals ein gar zu dürrer blattloher hoher Stamm, sonst hätte die Torheit nicht Raum, ihn äppig grün zu umranken.

Wie die Herzogin mit dem Abt den Gespräch verließen, sprach dieser: Es übrig noch, Euch des Klosters Widerei zu zeigen, die Arzneykammer lehrbegieriger Seelen, das Zeughaus für die Waffen des Wissens. Aber Frau Hadwig war ermüdet, sie dankte. Ich muß mein Wort halten, sprach sie, und die Schenkung an Eure Schulknaben urchundlich machen. Wollet die Handfeste auflesen lassen, daß wir sie mit Unterschrift und Stigill versehen.

Herr Erulo führte seinen Gast nach seinen Gemächern. Den Kreuzgang entlang wandelnd, kamen sie an einem Gelätz vorbei, des Tür war offen. An laßter Wand stand eine niedere

Säule, von der in halber Mannshöhe eine Kette niederhing. Ueber dem Portal war in verblähten Farben eine Gestalt gemalt, sie hielt in mageren Fingern eine Kugel. Wen der Herr lieb hat, juchet er; er juchet ein jeglichen, den er zum Sohne annimmt (Hebr. 12, 6), war in großen Buchstaben darunter geschrieben.

Frau Hadwig warf dem Abt einen fragenden Blick zu. Die Weiskammer sprach er.

Ist keiner der Brüder zur Zeit einer Strafe verfallen, fragte sie, es müßt ein lehrreich Beispiel sein.

Da zuckte der böse Sündel mit dem rechten Fuß, als wäre er in einen Dorn getreten, rüde sein Ohr rührte, wie wenn von dort eine Stimme ihm rief, sprach: Ich komme jogleich, und enteilte ins Dunkel des Ganges.

Er wußte warum. Notker, der Stummler, hatte nach jähriger Arbeit die Aufschreibung eines Paltrbuches vollendet und es mit zierlich feinen Federzeichnungen geziert; das hatte der neidische Sündel nächstherweise zerschritten und die Weiskammer darüber geschüttelt. Doch war er zu dreimaliger Weiskammer verdammt, der letzte Wollgang stand noch aus: er kannte das Dertlein und die Vahpverzeuge, die ihrem Rang nach an der Wand hingen, vom neunfältigen „Skorpion“ herab bis zur einfachen „Wespe“.

Der Abt drängte, daß sie vorüber kamen. Seine Prunkgemächer waren mit Blumen geschmückt. Frau Hadwig warf sich in den einfachen Lehnstuhl, auszurufen vom Wechsel des Frühlings. Sie hatte in wenig Stunden viel erlebt. Es war noch eine halbe Stunde zum Abendmahl.

Wer zu dieser Frist einen Rundgang durch des Klosters Zellen gemacht, der hätte sich überzeugen mögen, wie kein einziger Bewohner des Stiftes unberührt vom Eindruck des vornehmen Besuchs geblieben. Auch die weltabgeschiedenen Weiskammer fühlten, daß einer Frau Hadwig geschäht.

Dem grauen Tutilo war's beim Empfang schwer aufs Herz gefallen, daß der linke Kermel seiner Kutte mit einem Loch geschmückt war; sonst war's wohl bis zum nächsten hohen Festtag ungeschädigt geblieben, aber ist gott sein Verzug; mit Nadel und Zwirn bewaffnet sah er auf dem Schragen und besterle den Schaden.

Und weil er gerade im Zug war, legte er auch seinen Sandalen eine neue Sohle auf und festigte sie mit Nägeln. Er sumte eine Melodie, daß die Arbeit besser gedieh.

Radolt, das Denkmännlein, ging mit gerungelter Stirn auf seiner Zelle auf und nieder, vernehmend, es werde sich eine Gelegenheit ergeben, in frei erkommener Rede des hohen Gastes Ruhm zu preisen. Den Einbruch unmittelbaren Ergusses zu erschrecken, studierte er sie vorher. Er wollte des Tacitus Spruch von den Germanen zugeben lassen! „Sie glauben auch, daß den Frauen etwas Heiliges und Zukunftsverheißendes inwohne, darum verschmähen sie niemals ihren Mat und fügen sich ihren Beschiden.“ Es war dies fast das einzige, was er aus Hörensagen von den Frauen wußte, aber er zwinkte mit den Gichteln und war sicher, von dort unter etlichen hübschen Ausfällen auf seine Mitbrüder einen Uebergang zum Lob der Herzogin zu finden. Ueber blieb die Gelegenheit zur Andringung einer Rede aus, weil er sie nicht zu finden verstand.

In anderer Zelle saßen der Brüder sechs unter dem riesigen Effenstein, der an eiserner Kette von der Decke herabhäng. — Ist Hartmut's nützliche Stiftung — die vorgezeichneten Gebote murrend erwidert einer dem andern den Dienst sorglicher Mützung des Hauptbaues. Ward auch manch überwachene Tonjur in jener Zeit zu strahlendem Glanze erneut.

In der Küche aber ward unter Geruch des Schaffners, Leitung eine Tätigkeit entwickelt, die nichts zu wünschen übrigließ. Rejo läutete das Hühlein, dessen Ton auch von den schwärmsten Brüdern noch keiner unwillig gehört; der Ruf zur Abendmahlzeit. Abt Erulo geleitete die Herzogin ins Refektorium. Sieben Säulen teilten den lustigen Saal hälftig ab, an vierzehn Tischen standen, wie Meeressperren der freitenden Kirche, des Klosters Mitglieber, Priester und Diakone; sie erwiesen dem hohen Gast keine sonderliche Aufmerksamkeit. Das Amt des Vorlesers vor dem Tisch fund in dieser Woche bei Effehard, dem Vorkner. Der Herzogin zu Ehren hatte er den vierundvierzigsten Psalm vorgelesen, er trat auf und sprach einleitend: „Herr, öffne meine Lippen, auf daß mein Mund dein Lob verkünde, und alle sprach'n's ihm murrend nach, als Segen zu seiner Befung.“

(Fortsetzung folgt.)

In der Diskussion sprach ein Landwirt gegen die Juden und ein anderer verteidigte den Landbund. Sie wurden beide im Schlußwort widerlegt.

4. Landtagswahlkreis

Die Flugblattverbreitung kann erst am 9. Oktober stattfinden, da mit der Drucklegung zu spät begonnen wurde. Die Mitgliedschaften bekommen dieser Tage die Flugblätter zugesandt. Der Parteivorstand: J. Winter.

Deutscher Reichstag
Abchluss der politischen Aussprache

Berlin, 1. Okt.

Am Regierungstisch: Reichskanzler Dr. Wirth, Minister des Reiches Dr. Rosen, Minister Brauns.

Nach Eröffnung der Sitzung teilt

Präsident Loebe mit, daß der Untersuchungsausschuss für Oppau aus acht Mitgliedern bestehen soll. Jede Fraktion soll einen Vertreter haben.

Die politische Aussprache

wird fortgesetzt. Mit ihr verbunden wird noch ein von den Kommunisten eingebrachtes Antragsgesetz.

Abg. Marx (Ztr.): Der Verlauf der gestrigen Verhandlungen hat mich geradezu erschreckt. (Beifall beim Zentrum.) Wir kämpfen um unsere Existenz und dann finden wir noch Zeit, uns die Köpfe heiß zu machen durch gegenseitige Beschuldigungen und Verhöhnungen. Wir sollten uns zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden. Unsere Rettungslinien ist die Verfassung. In ihr müssen wir festhalten, wenn wir Ruhe und Ordnung im Innern haben wollen. Dafür treten wir mit aller Entschiedenheit ein. Wir lehnen zurzeit jede Veränderung der Verfassung als bedenklich und ungewiss ab. Wir werden uns allen Versuchen einer gewaltsamen Veränderung der Verfassung widersetzen, mögen sie von rechts oder von links kommen; sie wären von beiden Seiten gleich verwerflich und gleich antinational. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.) Wie vertritt sich mit nationaler Gesinnung, wenn in deutschnationalen Kreisen gegen die verfassungsmäßigen Vertreter der Republik mit giftigen Hohn und Spott Sturm gelaufen wird? Die Verordnungen des Reichspräsidenten ist keine Ausnahmebestimmung; sie richtet sich gegen alle Staatsbürger, die Verbrechen begangen. Die Zentrumspartei steht geschlossen hinter ihrem Kanzler, hinter Dr. Wirth. (Beifall beim Zentrum.)

Ein Eingreifen in die Rechte Bayerns können wir allerdings nicht mitmachen. Wir danken dem Kanzler, daß er in mühevollen Verhandlungen die Sache mit Bayern in Ordnung gebracht hat. Gewicht sind bei den Zeitungsverboten mancher Fehler vorgekommen. Manche Feiern sind auch veranlaßt worden, die nicht dem reinen Nationalgefühl dienen. Wenn man solche Feiern kinematographisch aufnimmt und im besetzten Gebiet vorführt, so ist das antinational. Wir müssen eben damit rechnen, daß wir von Fremden beherrscht werden. Auch eine Uniform kann provokatorisch wirken. Die monatelange Heke gegen Erzberger hat die Atmosphäre geschaffen, die zum Mord geführt hat. Wenn das so weiter geht, haben wir vielleicht von der Heke gegen den Reichskanzler zu erwarten. Das Zentrum hat bis jetzt immer das Opfer gebracht und hat an der Bildung der Regierung teilgenommen. Aber es kann die Zeit kommen, wo unsere Geduld auch zu Ende ist, wenn unsere Männer in der Regierung immer wieder als Verräter hingestellt werden. (Beifall beim Zentrum.)

Abg. Tittel (D.Vp.): In der Praxis ist die Verordnung des Reichspräsidenten so angeordnet worden, daß sie sich gegen diejenigen richtet, die nicht zu den Regierungsparteien gehören, es sei denn, daß sie links davon sind. Wenn man sich schon zu einem Ausnahmegesetz entschließt, dann muß es sich nach allen Seiten richten. Gegen die kommunistische Presse hat sich die Regierung nicht gewandt, trotz ihrer beispiellosen Hebe. Auch der „Vorwärts“ schreibt, daß es erwünscht wäre, wenn die Hauptschulden am Unglück Deutschlands, wie Helfferich und Ludendorff, Westarp und Tirdiß, Bekanntheit mit der Laterne gemacht hätten. In Genuß wurde ein Befehl anlässlich des Stichtages des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes erteilt, weil ein Mann zu Protokoll erklärte, die Arbeiterschaft werde sich die Feier nicht gefallen lassen. Inzwischen haben die Behörden nicht den Mut oder den guten Willen, die verfassungsmäßigen Rechte der Bürger zu schützen. Auch an anderen Orten sind Versammlungen der Deutschen Volkspartei verboten worden. Als Grund wurde immer angegeben, daß diese Versammlungen aufreizend wirken. Wir müssen aber verlangen, daß die verfassungsmäßigen Rechte aller Teile unseres Volkes gewahrt werden. Zahlreiche Maßnahmen waren gegen sozialistische Organisationen und Vereine gerichtet, obwohl sie erzkristliche Ziele haben und die Kameradschaft pflegen wollen. Was ist geschehen, um die Vereins- und Versammlungsfreiheit zu schützen? Was ist gegen unzählige Beamte getan worden?

Die gestrige Rede Scheidemanns hat zur Vergiftung der Atmosphäre beigetragen. Auch die Rede des Reichskanzlers muß man als ungünstig beurteilen. Aus seinen Worten sprach immer der Parteimann und nicht der Staatsmann. Er kam den terroristischen Parteien von links zu weit entgegen; seine Rede war wieder ausschließlich gegen rechts gerichtet, darum wird sie die inneren Kämpfe nicht beenden. Eine Verordnung zum Schutze der Uniform ist dringend notwendig.

Eine Vereinsvereinfachung und Ersparnis in der Verwaltung muß angestrebt werden. Die Gehaltsverhältnisse müssen rechtzeitig geregelt werden. Was geschieht gegenüber der gefährlichen Hebe gegen das Nichtertum? Unsere Stellung zu dem Gesetz zum Schutze der Republik behalten wir uns vor. Duldsamkeit gegenüber dem politischen Gegner ist notwendig. Die Hebe gegen schwarz-weiß-rot muß aufhören, diese Farben können uns nicht aus dem Herzen gerissen werden.

Reichsminister des Innern Dr. Gradnauer

kündigt an, daß er das Material gegen die Zeitungs- und Versammlungsverbote nächstens dem Reichstag unterbreiten werde. Die Vorgänge sind zurückzuführen auf die unglückliche Tat von Griesbach. (Widerpruch rechts, Zustimmung links.) Die Verordnung richtet sich nur gegen Elemente, die den öffentlichen Frieden stören. Glauben Sie, daß es mir, der ich jahrzehntelang im Zeitungswesen gestanden habe, Vergnügen macht, die Gesetze zu genießen. Die Schuld daran tragen allein die, die solche Dinge veröffentlichen. Die Verordnung ist zweifellos

durch die rechtschaffensfeindliche Treiberei veranlaßt worden. Nachdem sie da war, mußte ich sie gegen alle Seiten anwenden. Ich habe eine große Anzahl kommunistischer Blätter verboten müssen. Es wäre erfreulich, wenn rechts und links ein sachlicherer Ton angeschlagen würde. Die Herren von rechts haben bei jeder Gelegenheit brutale Ausnahmegeetze vertreten. (Lebhafte Widerpruch rechts.) Ich habe mich bemüht, eine ungerechte Handhabung der Verordnung zu verhindern und habe einzelne Verbote gemildert. Eine sachliche Kritik in der Republik sollte nicht unterdrückt werden. Aber große Auswüchse mußten verhindert werden. Dank der Verordnung ist eine gewisse Entspannung der Verhältnisse im öffentlichen Leben eingetreten. Das Ergebnis war die Rückkehr zur Sachlichkeit. Unser Volk muß sein Schicksal mit Würde tragen. Sorgen wir für einen Ausgleich. (Beifall.)

Thüringischer Staatsminister v. Brandenstein erklärt, daß die Handlungsgehilfenzeitung in Weimar verboten werden mußte, weil Zusammenkünfte zu befehligen waren. Es war zu befürchten, daß die Zeitung sich zu einer großen antirepublikanischen Ausbeugung ausweiden, die dem Gegenwärtigen herbeizuführen müßte.

Abg. Koch (Dem.): In dieser Zeit der Erregung sollte die Leidenschaft vor den Toren dieses Hauses Halt machen. Wir müssen unser Volk zur Besonnenheit zurückführen. Heute, wo die Zukunft Deutschlands noch dunkel, die wirtschaftliche Lage Deutschlands gefährdet ist, ist es eine schwere Gefahr, daß unsere Aufmerksamkeit durch innerpolitische Angelegenheiten von den außenpolitischen Sorgen abgelenkt wird. Unser Volk darf nicht in zwei Lager getrennt werden. Es ist der Gipfel der Verblendung, wenn die Deutschnationalen jetzt den Entscheidungskampf zwischen rechts und links einleiten wollen. Die Politik der Verhängung, die Politik der Mitte ist allein imstande, in einer solchen Zeit unserem Volke zu helfen. Wir beurteilen nicht nur das Attentat, sondern auch die Absicht des politischen Kampfes, die Verunglimpfung und Beschädigung von Politikern. Den berechtigten Kern nationaler Forderungen erkennen wir durchaus an, aber sie dürfen nicht parteipolitisch mißbraucht werden. Bei der Unterbrechung zwischen nationaler und antinationaler Gesinnung sollte es ein Ende haben. Zu unterscheiden aber ist zwischen nationaler und nationalitätlicher. Nationalitätlich ist es, wenn man auch dann nationale Pläne von sich gibt, wenn sie dem Vaterland schaden. Wir wollen gleiches Recht gegen alle Seiten. Nach unserer Meinung muß die Verordnung nicht auf die Dauer beschränkt, denn der moderne demokratische Staat kann nicht ewig mit dem Mittel des Polizeistaates regieren.

Alle, die sich in der Verwaltung beteiligen, müssen für die Republik arbeiten und sich von jeder Agitation gegen sie freihalten. So ist es zu beurteilen, wenn ein Kandidat in der Provinz Sachsen bei der Sakerlieferung erklärte: Für die Führer werde der Saker gerne abgegeben, aber nicht für die Tassiale in Berlin, wo Frau Gert reiten lerne. Sondereile von demokratischen Beamten beschwerten sich, daß sie wegen ihrer Gesinnung Schaden erlitten. Wir wollen eine einheitliche Politik des Reiches sichern, Bayern hat früher diesen Gesichtspunkt nicht berücksichtigt, aber wir wollen jetzt nicht mehr darüber rechten. Wir wollen eine Einigung der Mitte sein und wünschen, daß das Kabinett der Erfüllung bald ein Kabinett der Versöhnung werden möge.

Abg. Baerle (Wahr. B.) begrüßt die Beendigung des Konflikts zwischen dem Reich und Bayern und dankt dem Reichskanzler für den verhältnismäßig sanften gestrigen Rede. Am übrigen sollte der Reichskanzler sich überlegen, ob er nicht auch in manchen Fällen den Goldwert des Schweigens erfassen könnte. Gegenüber sozialistischen Angriffen sei die Lauterkeit und Heiligkeit der Gesinnung und des Willens des Herrn v. Baerle festgestellt worden. Der bayerische Ausnahmezustand war eine Notwendigkeit, wenn auch nur vorübergehend gegenüber dem Terror der Straße. Mit der Weimarer Verfassung haben wir nicht die Antiarisierung übernommen.

Abg. Frau Sellin (Komm.) erklärt, daß zwischen den Kommunisten und dem übrigen Haus ein tiefer Gegensatz liege. Der bayerische Ausnahmezustand dürfe nicht einen Tag länger dauern. Die Rednerin fordert Amnestie, auch für Max Höpfer.

Abg. Dr. Levi (Komm.) erklärt, daß die Rechte die Geister nicht mehr los werden wird, die sie gerufen hat. Die durch den Krieg brotlos gewordenen Offiziere seien zum Lumpenpack herabgesunken.

Der Braunschweigische Staatsminister Derier gibt an, daß in Braunschweig 54 Polizisten entlassen worden sind, die dem „Stahlhelm“ angehören. Dieser Weg werde weiter gegangen werden.

Abg. Dr. Rosenfeld (Unabh.) richtet heftige Angriffe gegen die Rechte und erklärt, der deutschnationale Parteisekretär Start habe sich mit dem Erzbergermördern identifiziert. Im weiteren Verlauf der Rede Rosenfelds kam es zu heftigen Schimpfereien. Der Redner erklärte, die Rechte werde ein zweites Mal nicht so glimpflich davonkommen, wie nach dem Kapp-Putsch.

Die Abg. Ruhmert (Unabh.) und Henning (D.V.) werden wegen beleidigender Zureufe zur Ordnung gerufen.

Abg. Graf Westarp (D.V.): Von dem unangenehmsten Material gegen uns hat der Reichskanzler keinen Gebrauch gemacht. Die Behauptung Scheidemanns, daß uns die Schuld an dem Erzbergermord trifft, ist und bleibt eine bewusste, wider besseres Wissen ausgesprochene Unwahrheit. Mit gleicher Entrüstung weisen wir die Angriffe gegen den Abg. Helfferich zurück. Auch die Vorwürfe gegen ihn sind wider besseres Wissen ausgesprochene Unwahrheiten. Es liegt kein Beweis vor, daß der Geheimbund mit der Ermordung Erzbergers in Verbindung steht. Die deutschnationale Volkspartei hat damit nichts zu tun. In der bayerischen Frage hat der Reichskanzler einen Rückzug angetreten. Schlarpe bleibt Schlarpe. Die Verordnung ist gegen Rechts angewendet worden. Der Reichskanzler hat kein Wort gegen den Terror der Sozialisten gefunden. Wir werden bekämpfen mit der ungeschlichen Verordnung und mit dem Terror der Straße.

Damit schließt die Aussprache. Die Abg. Hoffmann (Komm.), Kaiser (Soz.) und Rosenfeld (Unabh.) werden wegen beleidigender Zureufe zur Ordnung gerufen.

Dann werden die Anträge zur Verordnung des Reichspräsidenten und zur Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern dem Rechtsausschuss überwiesen.

Der Antrag auf Aufhebung des Strafantrages gegen den Abg. Thomas-Augsburg (Komm.) wurde mit einer schwachen Mehrheit gegen die Stimmen der Rechten und des Zentrums angenommen.

Auf Anregung der Abg. Frau Agnes (Unabh.) auf Erhöhung der Renten aus der Sozialversicherung teilte Reichsarbeitsminister Brauns mit, daß eine entsprechende Vorlage in kürzester Zeit vorgelegt werde. Für die Opfer von Oppau ist vollständig geforgt. Es wurden weitere 10 Millionen dafür bewilligt.

Das Gesetz über die Börsenumsatzsteuer wurde dem Steueraussschuss überwiesen.

Der Präsident erhielt die Ermächtigung, das Haus wieder einzuberufen, wenn die Beratungen über die neuen Steuern im Ausschuss beendet sind, doch soll die Einberufung vor dem 3. November erfolgen.

Schluss der Sitzung 17 Uhr.

Gewerkschaftliches

Das Landessekretariat des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes

ist ab 1. Oktober 1921 eröffnet. Es befindet sich in Karlsruhe, Stefaniestraße 74 3. Stock (Telefon Nr. 2090). Mit der Leitung ist der seitherige Arbeitersekretär Stodt, Heidelberg, seitens des Landesaussschusses betraut worden. Alle Zuschriften bittet man dorthin senden zu wollen.

Badische Politik

Der Landesausschuss für Rechtspflege und Verwaltung

Am Ende vergangener Woche seine letzten Sitzungen in dieser Landtagsperiode ab. Zunächst berichtete Abg. Schmeider (Ztr.) über einen Gesetzentwurf, der bezweckt, daß die Gemeinden und Körperschaften, die ihre Wahlen durch staatliche Postbeamte bewirksam lassen, hierfür einen durch die Geldentwertung bedingten höheren Beitrag als bisher an den Staat zahlen. Der Beitragssatz wird jedesmal im Staatsvoranschlag festgelegt. Abg. Dr. Leiser (Dem.) berichtet über einen Gesetzentwurf, monach in bestimmten Fällen, wo der Beitrag der Kürzungsliste nicht zu einer einigermaßen auskömmlichen Erziehung von Gemeinde- und Körperschaftsbeamten ausreicht, ein Zuschuß zu leisten ist. Es soll aber dabei auf die Bedürftigkeit im einzelnen Fall Rücksicht genommen werden. Von demokratischer Seite wird beantragt, im Gesetz zu bestimmen, daß auf die „Leistungsfähigkeit der Pflüchtigen“ Rücksicht zu nehmen sei. Sozialdemokratische Mitglieder des Ausschusses wandten sich sowohl gegen die „Bedürftigkeit“, als auch gegen die „Leistungsfähigkeit“, mit der Begründung, daß der Schutz der Beamten, der durch das Gesetz begründet werden soll, dadurch illusorisch werde und daß bei Staats- und Reichsbeamten auch nicht die Verhältnisse im einzelnen Fall nachgeprüft werden. Die sozialdemokratischen Anregungen fanden aber keine Berücksichtigung, es wurden vielmehr Anträge mit den Stimmen der demokratischen und Zentrumsmitglieder angenommen, die im Gesetz die „Leistungsfähigkeit der Pflüchtigen“ und die „Bedürftigkeit der Beamten“ vorsehen. — Im übrigen wurden vom Ausschuss noch eine Anzahl Petitionen behandelt, die teils endgültig erledigt, teils zur Berichterstattung an das Plenum überwiesen wurden.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Rehnert, sprach den Mitgliedern des Ausschusses für ihre Mitarbeit den Dank aus und schloß damit die Beratungen für diese Landtagsperiode.

Die Erhöhung der Eisenbahntarife

Vor wenigen Tagen fand im Gebäude der Eisenbahngeneraldirektion die 72. Sitzung des Badischen Eisenbahnrates statt, die sich mit der Erhöhung der verschiedenen Tarife befaßte. Zu Beginn der Sitzung wurde auf die Notwendigkeit der Tarifserhöhung zur Deckung des Verbrauches der deutschen Reichsbahn in Höhe von 7 Milliarden Mark hingewiesen. Im Verlauf der Beratung wurde von Mitgliedern des Eisenbahnrates geltend gemacht, daß eine eingehende Nachprüfung der Notwendigkeit der Erhöhungen mangels ausreichender Unterlage unmöglich sei. Eine Stellungnahme sei daher außerordentlich schwer. In den fortwährenden Tarifserhöhungen könne nicht der richtige Weg zur Ordnung des Reichshaushalts erblickt werden, vielmehr sollten sich die Ausgaben nach den Einnahmen richten. In einer Entscheidung kam dies auch zum Ausdruck und ferner wurde darin betont, daß die badische geographisch so ungünstig gelegene Wirtschaft bei weiterer tariflicher Belastung größenteils zum Erliegen kommt, angesichts der Tatsache, daß eine frühere Entschickung des Badischen Eisenbahnrates eine so ungenügende Berücksichtigung gefunden hat. Der Badische Eisenbahnrat sei deshalb außerstande, der geforderten proportionalen Erhöhung zuzustimmen. Sollte gleichwohl diese Tarifserhöhung durchgeführt werden, so beantragt der Badische Eisenbahnrat Berücksichtigung folgender Wünsche: 1. Weitgehende Staffelung der Gülertarife unter besonderer Berücksichtigung der geographisch ungünstig gelegenen Länder; 2. Abstufungen der Personentarifserhöhungen nach der Leistungsfähigkeit der Fahrgäste; 3. Einführung beschleunigter Personenzüge und beschlagfreier Sitzgüge mit allen Wagenklassen; 4. Berücksichtigung seiner Entschickung vom 22. März hinsichtlich rechtzeitiger Bekanntgabe aller geplanten Veränderungen unter Mitteilung aller Einzelheiten und ausreichender Unterlagen.

Zu weiteren Verlauf der Beratungen wurde gewünscht, der Verkehr auf Wochenarten solle von einer Erhöhung freigelassen werden. Die Tarifserhöhung im Güter- und Tierverkehr soll am 1. November in Kraft treten, diejenige im Personenverkehr am 1. Dezember. Am Schluss der Sitzung wurde nochmals darauf hingewiesen, daß für Baden die Verhältnisse insofern besonders ungünstig liegen, als es Grenzland sei mit weiten Entfernungen zu den Verkehrsmittelpunkten des Reiches; durch die Abtrennung von Elsaß-Lothringen habe Baden ein wichtiges Absatzgebiet verloren, weiter sei das linksrheinische Gebiet durch die Zwangsmaßnahmen abgeschnitten, die Schweiz schlicke sich schutzlos ab und die früher gerne benutzte Rheinschiffahrt habe unerträglich hohe Frachten. Von mehreren Seiten wurde auch die Notwendigkeit der baldigen Einsetzung der verfassungsmäßigen Bezirksbeiräte und des Reichseisenbahnrates betont.

Aufhebung der Landesbrennholzstelle. Nach einer Verordnung des Ministeriums des Innern wird die Landesbrennholzstelle mit Ablauf des 30. September 1921 aufgehoben. Auf den gleichen Zeitpunkt treten die Verordnungen über den Ver-

Pfeil-Spar-Glühkörper
Man fordere ausdrücklich Pfeil-Spar-Glühkörper und achte auf die Pfeil-Schutzmarke
25% Gas-Ersparnis

